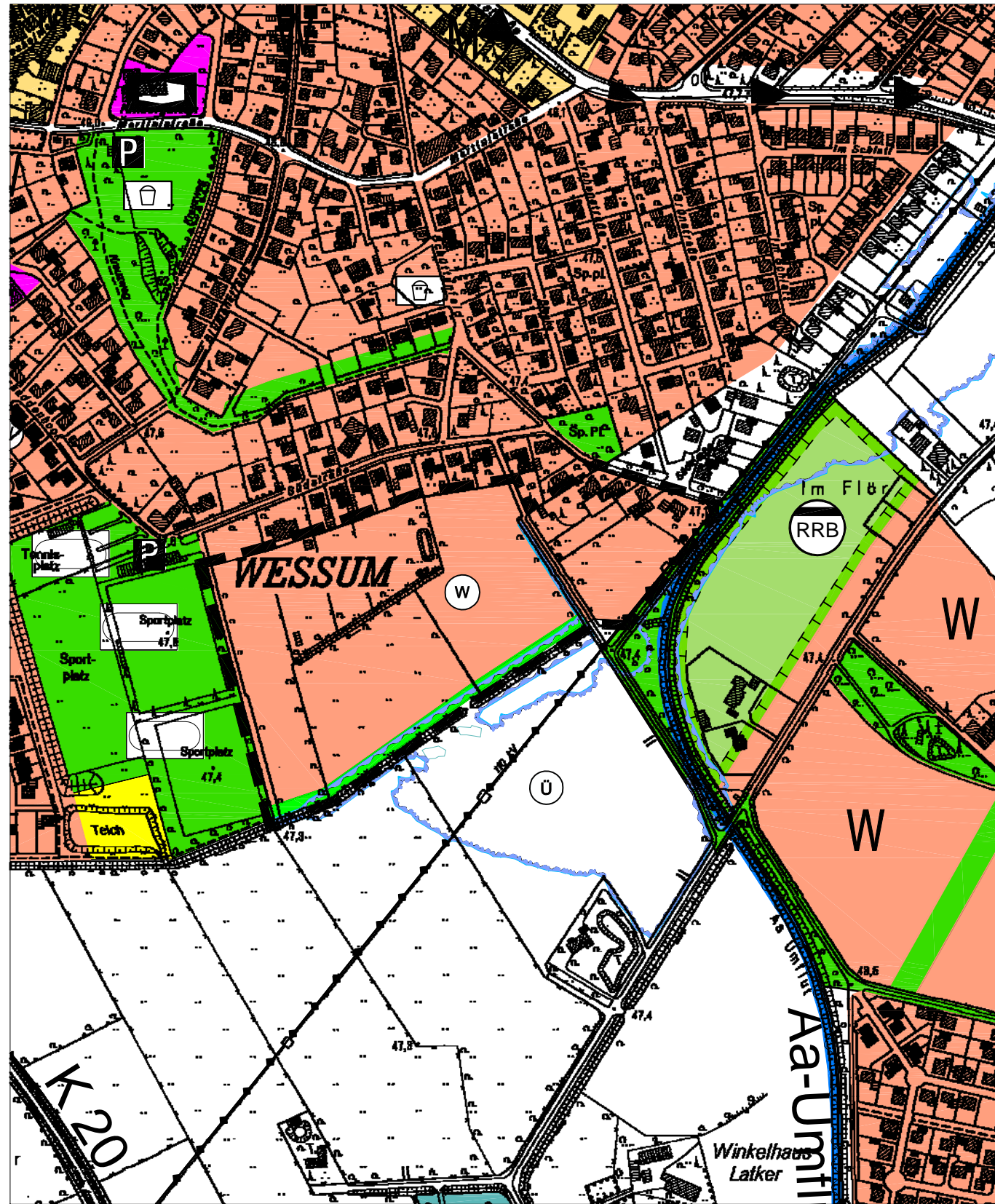
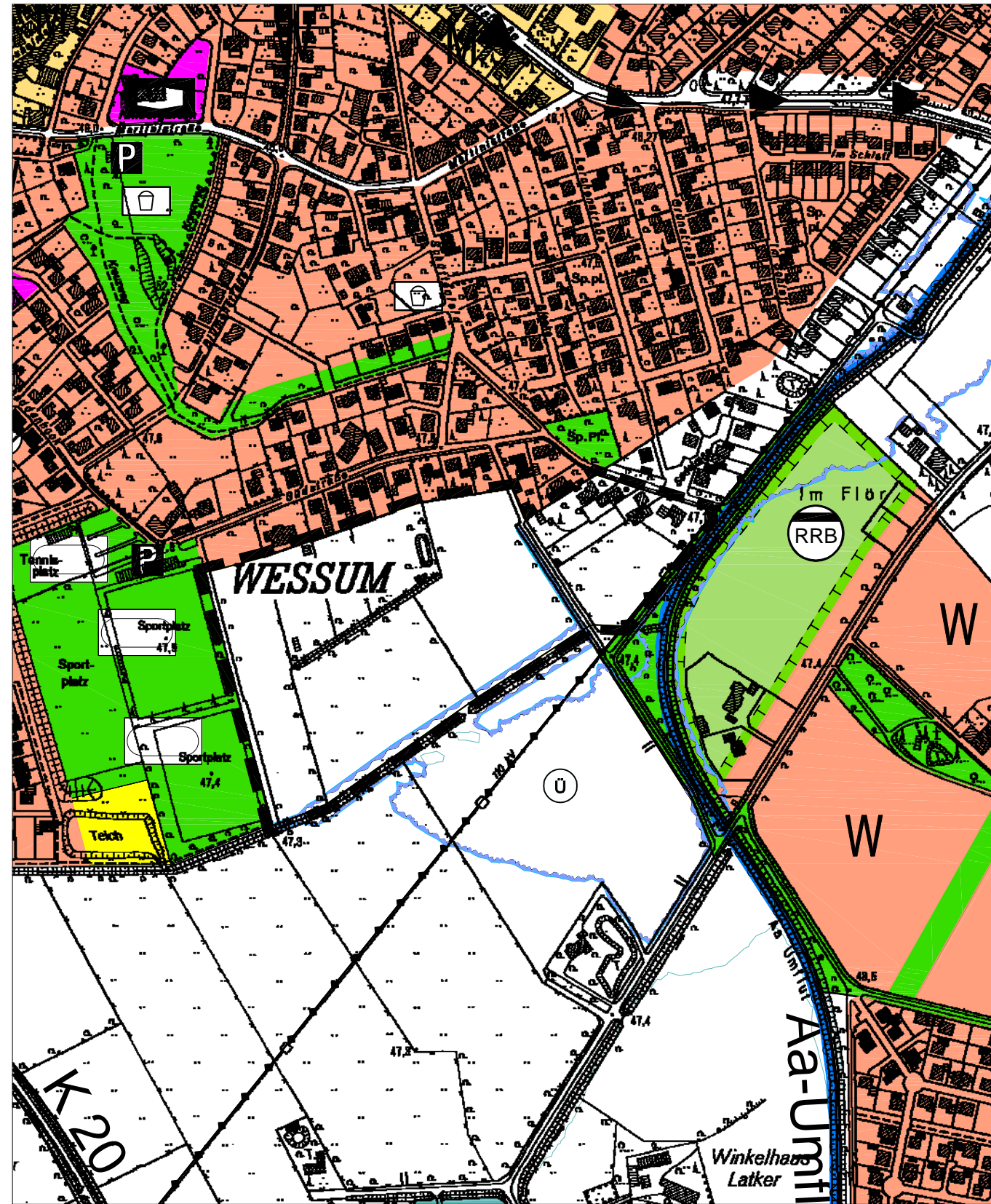


# Neue Darstellung



# Alte Darstellung



## Hinweise

### Denkmalschutz und Denkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Unteren Denkmalbehörde oder dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie, Amt für Bodendenkmalpflege, Münster unverzüglich anzuzeigen und die Fundstelle mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 DSchG).

## Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. S. 3316)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

§ 32 Landesplanungsgesetz (LPlG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. Mai 2005 (GV. NRW. S. 430), geändert durch Gesetz vom 17. März 2007 (GV. NRW. S. 133)

§ 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Oktober 2007 (GV. NRW. S. 379)

Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung - BekanntmVO) vom 26. August 1999 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. April 2003 (GV. NRW. S. 254)

§ 1 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs vom 7. Juli 1987 (GV. NRW. S. 220), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. November 2002 (GV. NRW. S. 566)

Hauptsatzung der Stadt Ahaus vom 11. November 1999, zuletzt geändert durch Satzung vom 21. April 2008

## Planzeichenerklärung

### Darstellungen (§ 5 (2) und (2a) BauGB)

- Bauflächen (§ 5 (2) Nr. 1 BauGB und § 1 (1) BauNVO)**
  - Wohnbauflächen
  - Grünflächen (§ 5 (2) Nr. 5 BauGB)
  - Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 (2) Nr. 9 BauGB)**
    - Flächen für die Landwirtschaft
- Sonstige Planzeichen**
  - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 27. Änderung des Flächennutzungsplans
- Nachrichtliche Übernahmen/ Vermerk (§ 5 (4) und (4a) BauGB)**
  - Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen
  - Überschwemmungsgebiete (§ 31b (2) Satz 3 WHG)
  - Energieanlagen**
    - Hochspannungsfreileitungen, ausgenommen Bahnstromfreileitungen mit einer Nennleistung von 110 kV oder mit (§ 43 (1) Satz 1 Nr. 1 EnWG)

## Verfahrensvermerke

Der Rat der Stadt hat am **29. November 2000** beschlossen, diesen Flächennutzungsplan aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss ist am **6. August 2007** gem. § 2 (1) Satz 2 BauGB Ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die Beteiligung der Bezirksplanungsbehörde nach § 32 LPlG ist mit Schreiben vom **1. Februar 2001** (§ 32 (1) LPlG) und **23. Mai 2008** (§ 32 (5) LPlG) durchgeführt worden.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) BauGB ist am **22. August 2007** in der Zeit vom **15. August 2007** bis einschließlich **14. Dezember 2007** durchgeführt worden. Ort und Zeit/Dauer sind am **6. August 2007** Ortsüblich bekannt gemacht worden.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 (1) BauGB ist mit Schreiben vom **10. August 2007** durchgeführt worden.

Der Entwurf dieses Flächennutzungsplans hat mit der Begründung und den nach Einschätzung der Stadt wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen in der Zeit vom **28. Mai 2008** bis einschließlich **27. Juni 2008** öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind am **19. Mai 2008** Ortsüblich bekannt gemacht worden. In dieser Bekanntmachung ist darauf hingewiesen worden, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 VwGO unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können. Die nach § 4 (2) BauGB Beteiligten sind von der Auslegung mit Schreiben vom **23. Mai 2008** benachrichtigt worden. Der Rat der Stadt hat am ..... die fristgerecht abgegebenen Stellungnahmen geprüft; das Ergebnis ist mitgeteilt worden (§ 3 (2) BauGB).

Die Beteiligung der Behörden nach § 4 (2) BauGB ist gleichzeitig mit dem Verfahren nach § 3 (2) BauGB durchgeführt worden (§ 4a (2) BauGB).

Dieser Flächennutzungsplan ist vom Rat der Stadt am ..... gem. § 41 GO beschlossen worden. Die Begründung wurde gebilligt.

Ahaus, den .....

.....  
(Felix Büter)  
Bürgermeister

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom ..... Az.: ..... wird für diesen Flächennutzungsplan die Genehmigung nach § 6 BauGB erteilt.

Münster, den .....

.....  
Bezirksregierung Münster  
Im Auftrag

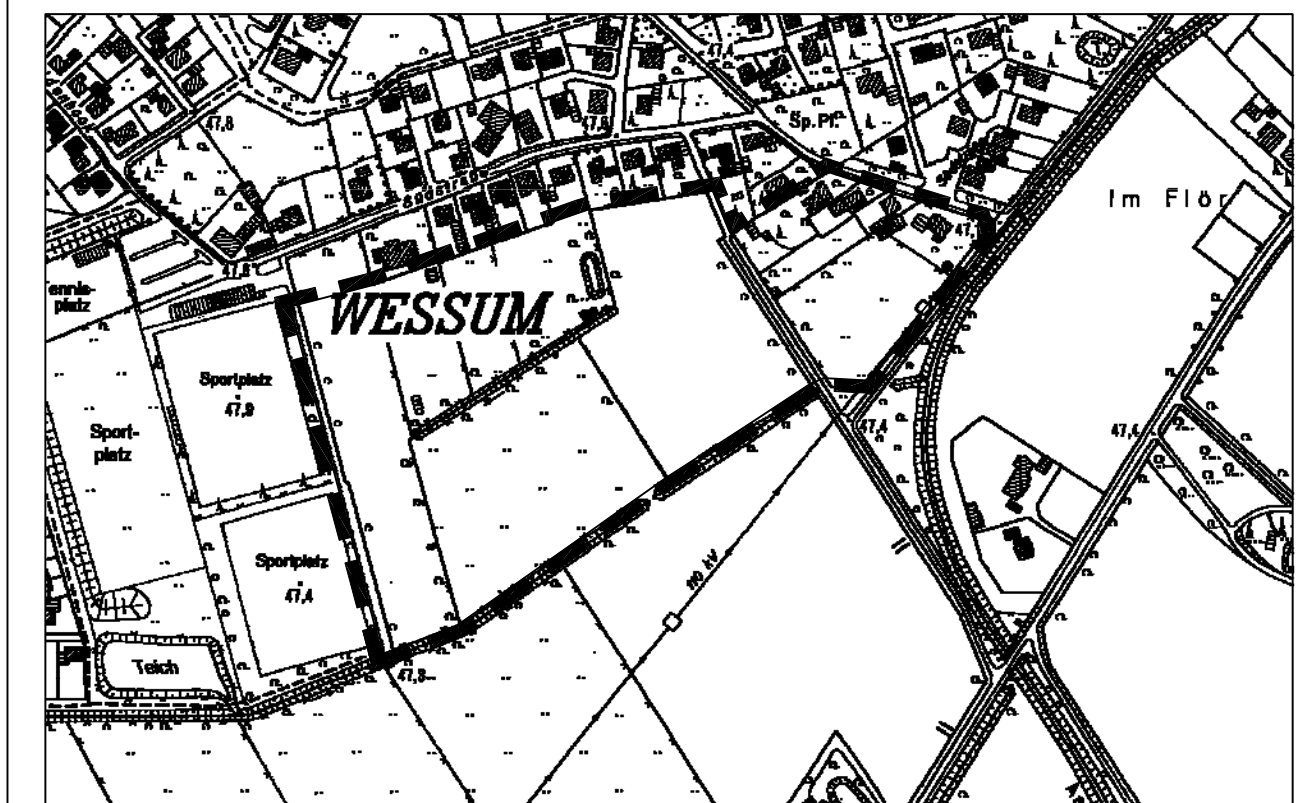
Dieser Flächennutzungsplan ist am ..... ausgefertigt worden.

Die Erteilung der Genehmigung ist am ..... gem. § 6 (5) Satz 1 BauGB Ortsüblich bekannt gemacht worden. In dieser Bekanntmachung ist gem. § 6 (5) Satz 4 BauGB darauf hingewiesen worden, wo dieser Flächennutzungsplan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 (5) Satz 3 BauGB eingesehen werden kann. In dieser Bekanntmachung ist ebenfalls auf die Vorschriften des § 215 (1) BauGB und des § 7 (6) GO hingewiesen worden.

Dieser Flächennutzungsplan ist am ..... gem. § 6 (5) Satz 2 BauGB i. V. m. § 6 (1) Satz 2 BkannmVO wirksam geworden.

Ahaus, den .....

.....  
(Felix Büter)  
Bürgermeister



## 27. Änderung des Flächennutzungsplans - Südstraße -

vom .....

Geplant	Jung	STADT AHAUS Der Bürgermeister In Vertretung	N 
Bearbeitet	Enning/Herbasch		
Geprüft	Fleige	Michael Tacke Techn. Beigeordneter	
Verfahrensstand	§ 41 (1) GO		
Datum	Februar 2009		
Maßstab	1 : 5.000		